

Landtagung 29./30. Oktober in Falera

An seiner Landtagung in Falera stellte der Verein Pro Raetia das Thema «Erstwohner – Zweitwohner» ins Zentrum. Die unterschiedlichen Standpunkte wurden an der Tagung verhandelt – und mögliche Wege für eine bessere Zusammenarbeit vorgestellt.

Das Verhältnis zwischen Einheimischen und Zweitwohnungsbesitzern bestimmt seit einiger Zeit immer wieder die Diskussionen in Graubünden. Während sich Gemeinden und Tourismusorganisationen vor dem Problem sehen, teils in die Jahre gekommene Infrastrukturen finanzieren respektive erneuern zu müssen, werden Besitzer und Besitzerinnen von Zweitwohnungen oftmals mit steigenden Abgaben konfrontiert. Woher dieses Spannungsfeld kommt, welche Aspekte es beinhaltet und wie damit umgegangen werden kann, stand im Zentrum der jährlichen Landtagung des Vereins Pro Raetia vom 29./30 Oktober in Falera.

Brennpunkt Falera

Falera war deshalb ein besonders geeigneter Ort für die Diskussion, weil es mit rund 80 Prozent den höchsten Anteil Zweitwohnungen im ganzen Kanton besitzt. Sandra Chistell Omlin, Mitglied des Gemeindevorstands, betonte in ihrem Grusswort die hohe Bedeutung des Tourismus für die lokale Wirtschaft.



↑ Das Rocksresort in Flims. (Foto: Julian Reich)

Während der Spitzenzeiten wachse die Einwohnerzahl von 600 auf bis zu 4000 Personen an, und die Infrastruktur müsse sich nach dieser Grösse richten. «Und doch ist Falera auch ein Bauerndorf geblieben, wo noch immer neun Betriebe ansässig sind, sagte Sandra Chistell Omlin, die selber im Unterland

aufgewachsen ist, jedoch familiäre Wurzeln in Falera besitzt.

Aus verschiedenen Blickpunkten stellten Vreni Müller-Hemmi und Claudia Troncana die Zweitwohnungsproblematik dar. Erstere ist Präsidentin der IG Tujetsch, in der sich über 250 Zweitwohnungsbesitzer organisiert haben. Der Verein besteht seit 2015 und entstand unter anderem als Reaktion auf ein neues Tourismusgesetz, das zu höheren Abgaben vonseiten der Zweitwohner führt (siehe auch Artikel auf Seite 41).

Claudia Troncana war bis Ende 2016 Gemeindepräsidentin von Silvaplana und damit eng mit der Problematik vertraut. Sie schilderte den langen Weg, der das schliesslich abgelehnte Gesetz für eine Lenkungsabgabe auf Zweitwohnungen in ihrer Gemeinde nahm. Mit eindrücklichen Zahlen erklärte die alt Grossrätin, wie das Verhältnis zwischen den Abgaben von Einheimischen und Auswärtigen an die Staatsfinanzen sind und welche Spannungen sich daraus ergeben. Sie sagte: «Wir wären froh gewesen, hätte es bei uns damals eine IG der Zweitwohnungsbesitzer gegeben.» So hätte die Gemeinde einen Ansprechpartner gehabt, um die Problematik zu diskutieren.

Leichte Opfer?

In der anschliessenden Podiumsdiskussion gesellten sich Marcus Caduff, designerter Bündner Volkswirtschaftsdirektor, Reto Fehr, Präsident IG Zweitwohnungsbesitzer Flims Laax Falera, und Norbert Hörburger, Dozent an der HTW Chur, hinzu. Während Fehr sich dahingehend äusserte, dass Zweitwohnungsbesitzer als leichte Opfer für Gemeinden gelten, die mit steigenden Steuern und Abgaben ihre Finanzen aufbessern wollten, setzte Hörburger die Diskussion in einen grösseren Zusammenhang. Der alpine Tourismus sei einem starken Wandel unterworfen, zudem seien viele Zweitwohnungen demnächst sanierungsbedürftig, über die Nachfolge der Eigentümer sei auch

vieles im Unklaren. Caduff wiederum betonte die Bedeutung des Dialogs im lokalen Rahmen für eine Lösung des Konflikts. Eine aktive Rolle des Kantons, wie von Vreni Müller-Hemmi gefordert, sieht er aber nicht als zielführend an.



↑ Zuggezogene Läden in Falera. (Foto: Julian Reich)

Yvonne Brigger, die Geschäftsführerin der Interessengemeinschaft Tourismus Graubünden, stellte in ihrem abschliessenden Referat mögliche Lösungen vor, wie Zweitwohner besser in die Entscheidungsfindung involviert werden könnten. Auch sie plädierte dafür, den Weg des Dialogs zu suchen und diesen wenn irgend möglich zu institutionalisieren (siehe Interview auf Seite 41).

Neuartiges Konzept

Die Landtagung gab aber nicht nur Gelegenheit zur Diskussion, sondern auch zur Anschauung. Am Samstagvormittag stand eine Besichtigung des Rocksresort auf dem Programm. Hinter dem Betrieb steht die Weisse Arena Gruppe, die zudem die Bergbahnen betreibt. Wer eine Wohnung des Rocksresorts kauft, verpflichtet sich, diese zu bestimmten Zeiten an Feriengäste zu vermieten. Aktuell ist bereits das neunte Gebäude im Bau, der Wohnungsbestand beträgt damit fast rund Wohnungen und mehr als 600 Betten.

Julian Reich

Neue politische Foren – eine Analyse

Man wurde sich auf dem Podium nicht so recht einig, weshalb sich das Verhältnis zwischen den Einheimischen und den Zweitwohnern vor einigen Jahren so akut verschlechterte. Hatten die Gemeinden die Zweitwohner als vermeintlich dankbare Opfer identifiziert, als sie sich nach der Annahme der Zweitwohnungsinitiative fragen mussten, woher denn in Zukunft das Geld fließen würde? Waren es die politischen Veränderungen im Kanton, die vielerorts erfolgten Umstrukturierungen der Gemeinden, die verstärkt Spannungen erzeugten? Oder waren die Verwerfungen nicht vielmehr die Aus-

det haben. Sie ermöglichten es den Besitzern von Zweitwohnungen, ihre Interessen zu artikulieren und ihre Stimme als Zweitheimische einzubringen. Allein die Tatsache, dass sich die Bezeichnung «Zweitheimische» bei der Landtagung durchsetzte, zeigt, dass man damit vielfach erfolgreich war. Insbesondere die Forderung nach mehr Transparenz scheint als berechtigtes Anliegen nicht nur anerkannt, sondern auch eingelöst zu werden – jedenfalls dort, wo die Verwendung der von den Zweitheimischen eingebrachten finanziellen Mittel inzwischen offengelegt wird.

Doch unter den sich ändernden Rahmenbedingungen, die für den Tourismus in den Alpenregionen gelten, müssen die Spielregeln angepasst werden. Nichts anderes als die Anpassung der Spielregeln an sich verändernde Verhältnisse ist letztlich das, was wir als Politik bezeichnen.

Politik ist in der Schweiz demokratisch. Wenn Zweitwohnungssteuern anderswo durchaus üblich sind, bei uns aber auf heftigen Widerstand stossen, dann liegt das gerade daran, dass auch bei uns der Grundsatz gilt: «No taxation without representation!» – wer Steuern bezahlt, soll auch politisches Gehör finden. Deshalb müssen in den politischen Prozess möglichst alle Betroffenen einbezogen werden. Dafür braucht es neue politischen Formen und Foren. Die Bildung von Interessengemeinschaften ist ein erstes Modell, das grossen Erfolg haben kann. Dieser ist jedoch auf allen Seiten stark personenabhängig: Nicht überall kann eine IG – wie im Tujetsch – eine in der Kompromissfindung geschulte alt Nationalrätin als Präsidentin gewinnen, nicht überall trifft die IG auf einen Gemeindepräsidenten, der selbst ein Zweitheimischer ist.

Man muss zweifellos weiter über geeignete Formen des Einbezugs der Zweitheimischen nachdenken, denn: Es wird auch künftig Konflikte geben. Gerade jetzt, wenn wieder etwas Ruhe eingekehrt ist – vielleicht die Ruhe vor einem erneuten Sturm –, müssen wir deshalb nach tragbaren Strukturen suchen, die es ermöglichen, Differenzen so beizulegen, dass alle mit den Ergebnissen zumindest leben können, auch wenn nicht alle restlos glücklich sind.

Die Pro Raetia will zur Lösung der bestehenden und noch kommenden Konflikte zwischen Ein- und Zweitheimischen beitragen. Gerade weil sie keine Politik machen will, kann sie helfen, politischen Lösungen den Weg zu bereiten – Lösungen zum Wohle Graubündens und damit zum Wohle der Ein- wie Zweitheimischen.

Andreas Victor Walser ist Professor für die Geschichte der Alten Kulturen vom östlichen Mittelmeer bis zum Mittleren Osten an der Universität Zürich. Er ist in Seewis im Prättigau aufgewachsen und wohnt in Uster, ZH.



↑ Die Gäste auf dem Pro-Raetia-Podium: Reto Fehr, Norbert Hörburger, Marcus Caduff, Claudia Troncana, Vreni Müller-Hemmi und Moderator Johannes Flury. (Foto: Julian Reich)

wirkungen eines nach wie vor anhaltenden Wandels, der dem Tourismus im gesamten Alpenraum in den letzten Jahren ein neues Gesicht zu geben erst begonnen hat?

Trotz dieser unterschiedlichen Diagnosen der Ursachen, die vermutlich alle teilweise zutreffen, erweckte das Podiumsgespräch dennoch den Eindruck, dass sich die Situation wesentlich beruhigt hat. Eine zentrale Rolle spielten dabei die Interessengemeinschaften der Zweitwohner, die sich in verschiedenen Gemeinden und Talschaften gebil-

Kaum zu bestreiten ist jedoch, dass das Verhältnis zwischen Ein- und Zweitheimischen weiterhin und in Zukunft noch verstärkt auf die Probe gestellt wird. Der Tourismus in Graubünden steht vor gewaltigen Umwälzungen, für die sich klimatische, wirtschaftliche und vor allem auch gesellschaftliche Gründe anführen liessen. Man hat Verständnis dafür, wenn die Zweitheimischen fordern, dass die «Spielregeln», die einst galten und die sie beim Kauf ihrer Wohnungen auch akzeptierten, nun nicht einfach geändert werden.

Wertschätzung und Mitsprache

Frau Brigger, Sie sprechen beim Verhältnis zwischen Erstwohnern und Zweitwohnern lieber von einem Spannungsfeld als von einem Konflikt. Weshalb?

Der Begriff Konflikt ist sehr negativ behaftet und deutet auf verhärtete Fronten hin, die kaum mehr aufzuweichen

dessen Perspektive betrachtet. Natürlich steht einem der Eigenvorteil immer am nächsten, das ist die Seite der Zweitheimischen. Auf der anderen Seite stehen Gemeinden und Destinationen, die dafür sorgen müssen, dass ihre Einwohner auch künftig ein Ein- und Auskommen haben. Hinzu kommt ein zuweilen falsches Verständnis des Systems Tourismus. Dieses ist viel komplizierter, als es viele wahrhaben wollen. Es funktioniert nicht einfach linear, sondern mit vielen zuweilen extremen Abhängigkeiten, die vielen nicht bewusst sind. Hier fehlt es an Transparenz und Kommunikation.

Die Lösung ist also: einfach mehr miteinander reden?

Das sicher auch. Aber eben idealerweise auf der Sachebene und dabei darauf achten, dass man nicht in seiner Position verharret, sondern auch die andere Seite sieht. Das wäre ein grosser Schritt.

Aber am Ende geht es doch, wie so oft, ums Geld.

Es geht um das Ein- und Auskommen der Bevölkerung, das ist ein Dauerthema für Bergregionen. Bei den Zweitheimischen mag das weniger im Vordergrund stehen, dort geht es mehr um Wertschätzung und Mitsprache.

In Ihrem Vortrag haben Sie Zweitheimische als Saulus bezeichnet, die

man zum Paulus bekehren müsste. Das heisst, die Zweitheimischen sind auf dem falschen Weg?

Es gibt sicher viele Destinationen, die Zweitwohner nicht nur positiv betrachten. Das sind die, die immer motzen, die immer Vergünstigungen fordern und nicht verstehen, wie das System funktioniert. Ich glaube aber, wie müssen sie wie einen Paulus nutzen. Sie sind es ja, die Know-how und Finanzkraft in die Destinationen bringen. Wenn sie bereit sind, konstruktiv mitzuarbeiten, sind sie sogar die kostengünstigsten Werbeträger, die wir haben. Das wäre auch ein Zeichen der Wertschätzung. So werden sie zum Paulus, zum Missionar.

Wie soll es nun weitergehen mit der Diskussion?

Meines Erachtens wäre es sinnvoll, die verschiedenen Ideen und Erfahrungen, die bislang gemacht wurden, zusammenzutragen und auszuwerten. Es herrscht viel Aufklärungsbedarf bei Gemeinden und Destinationen. Man sollte die Best-Practice-Beispiele sammeln und sich überlegen, welche Aspekte vielleicht noch fehlen. Davon könnten alle profitieren.

Yvonne Brigger ist Geschäftsführerin des Vereins Interessengemeinschaft Tourismus Graubünden.

Interview: Julian Reich



↑ Yvonne Brigger. (Foto: zVg)

sind. Ich betrachte die Standpunkte von Erst- und Zweitwohnern lieber als ein Spannungsfeld, in dem viele Lösungen schon vorhanden sind, die aber nicht allen bekannt oder bewusst sind.

Wenn Sie dieses Spannungsfeld abstecken müssten, worum geht es eigentlich?

Ein grosses Problem ist der Perspektivwechsel, sprich, dass man sich nicht in die Position des anderen hineinbegibt und die Sache einmal aus

Das Beispiel Tujetsch

Mit Vreni Müller-Hemmi war an der Landtagung die Präsidentin der Interessengemeinschaft Tujetsch zugegen. Die IG engagiert sich für Zweitwohnungsbesitzende und Stammgäste in Tujetsch. Der Verein formierte sich 2015 im Nachgang zu einem neuen Tourismusgesetz in der Gemeinde. Zudem wurde offensichtlich, dass die Behörden der Gemeinden nicht mehr mit Einheimischen besetzt werden konnten, weshalb die Gemeinde aktiv auf die Zweitheimischen zuzug. So wurde Beat Röschlin ins Amt gewählt. Ende 2015 versammelte der Verein bereits 250 Mitglieder unter seinem Dach und organisierte etwa eine «Scuntrada», ein

Treffen mit der Bevölkerung, bei dem rund 300 Personen auftauchten und sich austauschten. Das neue Tourismusgesetz brachte erhöhte Abgaben für die Zweitheimischen. Ziel der IG sei es jedoch nicht, diese rückgängig zu machen, sagte Vreni Müller-Hemmi, sondern künftig einen besseren Dialog zwischen Gemeinde und Zweitheimischen zu ermöglichen, die so vermehrt Einfluss auf gewisse Entscheide nehmen könnten.

Als Fazit für andere Interessengemeinschaften formulierte Müller-Hemmi, dass es wichtig sei, eine klare Zielsetzung zu haben, eine transparente Arbeitsweise zu befolgen, die Bereitschaft



↑ Vreni Müller-Hemmi. (Foto: Julian Reich)

für ein grosses Engagement mitzubringen und letztlich auf eine gute personelle Konstellation zählen zu können.

Julian Reich

Das System Kultur

In der jüngsten Ausgabe der Onlineplattform Raetia publica erörtert Georg Jäger das System der kantonalen Kulturförderung in Graubünden. Er zeichnet dabei die Entwicklung der gesetzlichen Grundlagen vom Natur- und Heimatschutzgesetz 1965 bis zur jüngsten Totalrevision 2017 nach. Zu lesen ist der Beitrag gemeinsam mit zwei Stellungnahmen aus Politik und Gesellschaft auf www.raetiapublica.ch. Im Folgenden ein kurzer Überblick über die im Artikel verhandelten Themen.

Die gesetzlich geregelte kantonale Kulturförderung in Graubünden geht auf das Jahr 1965 zurück. Die erstmalige Grundlage bestand damals, integriert im Natur- und Heimatschutzgesetz, aus wenigen Artikeln. Eine fünfköpfige Kommission für die Kulturförderung wurde als beratendes Organ der Regierung eingesetzt, die seither auf der Grundlage des ordentlichen Budgets und aus Mitteln des Landeslotteriefonds zuhanden der Regierung kulturelle Werke und Anlässe beurteilt und

Vorschläge für Auszeichnungen an verdiente Kulturschaffende unterbreitet hat.

Die rudimentäre Grundlage von 1965 wurde erst 1997 durch einen separaten und detaillierteren Erlass abgelöst. Das Gesetz definierte nun die «Bereiche staatlicher Kulturförderung» und ermöglichte auch jährlich wiederkehrende Beiträge «an öffentliche und private Institutionen und kantonale Dachverbände in den Bereichen Kultur sowie Kulturforschung». Zu den zahlreichen Förderbereichen gehörten auch die kommunalen und regionalen Musikschulen, die Jugendkultur und die Förderung von Bibliotheken.

Totalrevision 2017

Da sich in den letzten Jahrzehnten das kulturelle Angebot, die thematische Vielfalt und die Zahl der Kulturschaffenden im Kanton in einem ungeahnten Ausmass vervielfacht haben, wurde das Kulturförderungsgesetz auf den 1. Januar 2018 durch den Grossen Rat totalrevidiert. Neu wird die Kulturförderung durch die Gemeinden, die neu geschaffenen Regionen und den Kanton in Art. 3 als gemeinschaftliche Aufgabe definiert. Explizit wird neben der «Amateur- und Volkskultur» neu das professionelle Kulturschaffen genannt. Der Kanton richtet nun auch an regionale Kulturzentren und regionale Museen wiederkehrende Beiträge aus. Gefördert werden weiterhin Schwerpunktprogramme und Fachkurse sowie Wettbewerbe durch Stipendien und Werkbeiträge an das professionelle Kulturschaffen. Finanzielle Grundlage bleiben Staatsmittel und der Kantonsanteil an den Erträgen des Landeslotteriefonds, der mit der Sportförderung und Beiträgen für Natur- und Heimatschutz aufgeteilt wird. Aus dem Landeslotteriefonds dürfen nur Veranstaltungen und Projekte unterstützt werden, für die kein gesetzlicher Anspruch an den Kanton besteht. Neu muss sich die

Regierung verpflichten, alle vier Jahre ein Kulturförderungskonzept dem Parlament vorzulegen.

Der öffentliche Diskurs und die Problemlage

Auslöser ist die gewaltige Zunahme von Kulturveranstaltungen, Publikationen und kulturellen Institutionen. Der Artikel behandelt den öffentlichen Diskurs, der deshalb in den letzten Jahren entstanden ist. Die Auseinandersetzung bezieht sich in Graubünden vor allem auf die Erhöhung der öffentlichen (kantonalen) Fördermittel und auf die Frage, ob die Förderung von «Leuchttürmen» das «Giesskannenprinzip» ablösen solle.

Ein ungelöstes Problem ist zurzeit die Förderung von Grossveranstaltungen («Eventförderung»). Grossevents mit hoher wirtschaftlicher Bedeutung sind auch eine Attraktion für die Einheimischen; sie tragen zur Standortqualität für die ständigen Bewohner bei. Die finanziellen Bedürfnisse der Grossveranstalter lassen sich mit der bisherigen Dotierung im kantonalen Budget nicht ausreichend bedienen, ohne dass kleinere Anlässe darunter zu leiden haben. Der Verfasser schlägt deshalb eine Regelung der Zuständigkeiten beim Amt für Kultur und bei der Wirtschaftsförderung im Amt für Wirtschaft und Tourismus vor.

Der Artikel erörtert sodann Fragen des Zusammenwirkens der drei politischen Ebenen Gemeinde-Region-Kanton und versucht, die wichtigsten Anforderungen an die zukünftige Kulturförderung zu umreissen.

Georg Jäger

PRO RAETIA

Redaktion Pro-Raetia-Mitteilungen
Julian Reich, Sils i. D.

Geschäftsstelle Pro Raetia

Montalinstrasse 2, 7012 Felsberg
Tel. +41 81 322 67 33
E-Mail info@pro-raetia.ch
Internet www.pro-raetia.ch

- Ich möchte Mitglied der Pro Raetia werden, Jahresbeitrag Einzelmitglieder 2019, CHF 40.–
- Ich interessiere mich für die Mitgliedschaft bei der Pro Raetia und ersuche Sie um Unterlagen.

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ _____

Ort _____

Bitte ausschneiden und einsenden. Vielen Dank.

AGENDA 2019

Samstag, 27. April 2019

Mitgliederversammlung in Sargans